



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 28. Juni 1909

(Das Schicksal der Reichsfinanzreform und die innere Lage.)

Am 24. Juni ist im Reichstage die Entscheidung gefallen, die das Reich in eine schwere Krisis gestürzt hat. Die vollständige Ablehnung der Erbanfallsteuer — so nämlich, daß sie überhaupt nicht mehr in die dritte Lesung kommen konnte — und die Annahme der Rotierungssteuer haben eine Lage geschaffen, deren Vermeidung bis dahin immer noch erhofft werden konnte, deren Eintritt aber jetzt die schlimmste Verwicklung bedeutet, der das Reich seit langer Zeit ausgesetzt gewesen ist.

Die Ablehnung der Erbanfallsteuer geschah mit der geringen Mehrheit von acht Stimmen. Alle parlamentarischen Erfahrungen lehren, daß eine so geringe Mehrheit lediglich als ein Zufallsergebnis anzusehen ist. Es brauchten nur einige Verschiebungen in der Parteizugehörigkeit der gerade Abwesenden einzutreten, dann war die Mehrheit eine Minderheit. Das Ergebnis der Abstimmung erhält auch dadurch noch eine besondere Beleuchtung, daß die Elsaß-Lothringer, die gegen die Vorlage stimmten, dies nicht taten, weil sie Gegner der Erbschaftsteuer waren, sondern im Gegenteil, weil sie als Freunde der in den Reichslanden schon bestehenden Erbschaftsteuer für Deszendenten diese nicht dem Reich überlassen wollten. Man darf diese nachträglichen Betrachtungen, obwohl sie vielleicht wie überflüssige „Zeichenreden“ nach verlornem Spiel aussehen, nicht ganz unterlassen, weil es wichtig ist, festzustellen, daß die Regierung keineswegs, wie es jetzt von der siegreichen neuen Reichstagsmehrheit behauptet wird, mit ihrem Festhalten an der Erbanfallsteuer eine aussichtslose Taktik eingeschlagen hatte. Daß die Mehrheit für die Rotierungssteuer recht bedeutend war, ergab sich aus der durch die Ablehnung der Erbanfallsteuer geschaffenen Lage von selbst, da nun auch die Reichspartei sich verpflichtet glaubte, den Ersatz für den Ausfall an Besitzsteuern nicht zu versagen.

Daß wir durch diese Abstimmungsergebnisse in eine sehr schlimme Lage gekommen sind, und daß diese durch elende Parteisucht herbeigeführte Lage jeden Vaterlandsfreund in eine Stimmung versetzen muß, in der tiefste Niedergeschlagenheit und heller Zorn miteinander ringen, braucht für unsre Freunde kaum besonders erwähnt zu werden. Aber gerade das Interesse des Vaterlandes fordert, daß man in kritischen Lagen alle Gefühlsmomente niederzwingt und ausschaltet und alle Möglichkeiten mit kaltem Verstande erwägt — um so kälter und ruhiger, je größer die Schwierigkeiten und je stärker die Versuchungen sind, den Gefühlsregungen zu folgen. In der Politik ist der Zorn immer ein schlechter Berater, und die Niedergeschlagenheit nichts weiter als ein Hemmschuh der Überlegungen und Taten, die allein helfen können. Es kommt also darauf an, die Lage fest, klar und leidenschaftslos ins Auge zu fassen.

Zunächst eine notwendige Feststellung: Die Reichsfinanzreform, so wie sie gedacht und gewollt war und wie sie allein dem Reiche helfen konnte, ist gescheitert. Denn was bedeutete und bezweckte diese Reichsfinanzreform? Sie wollte durch Eröffnung neuer, ergiebiger Einnahmequellen, die sich durch ihren Zusammenhang mit dem Volkswohlstand den Bedürfnissen des Reichs anpaßten und die das Reich für sich haben sollte, das Reich finanziell auf eigene Füße stellen, die Herstellung des Gleichgewichts im Reichsbudget ohne Störung der einzelstaatlichen Finanzwirtschaft ermöglichen und dadurch überhaupt erst den Grund zu einem gesunden Wirtschaftssystem im Reiche legen. Wenn diese Aufgabe nun dadurch gelöst werden soll, daß jetzt zwar eine Serie von neuen Reichssteuern genehmigt wird,

aber der schon jetzt festgestellte Bedarf des Reichs nicht gedeckt wird, so ist eine gründliche Beseitigung des alten ungesunden Verhältnisses zwischen Reichseinnahme und einzelstaatlichen Finanzen wiederum unmöglich gemacht, und es kann eben nur von einer vorläufigen Aufbesserung der Reichsfinanzen, nicht aber von einer organischen Neuordnung des Reichsfinanzwesens gesprochen werden. Dieser Unterschied muß besonders hervorgehoben werden, wenn das Zentrum immer wieder von seiner „Mitarbeit“ an der Reichsfinanzreform spricht. In Wahrheit ist das Zentrum — trotz seiner Mitarbeit an der Bewilligung neuer Steuern, die es natürlich als „Reform“ anpreist — auch jetzt seiner alten Rolle getreu geblieben, in der es sich seit der Reichsgründung bewegt, und die darauf ausgeht, jede wirkliche Reform unmöglich zu machen. Ist auch die alte *clausula Francenstein* tot, ihr Prinzip lebt in unserer Finanzwirtschaft noch fort und wird auch jetzt einstweilen fortleben, denn so entspricht es dem Willen der ultramontan-polnisch-konservativen Reichstagsmehrheit, die durch ihren Sieg gerade diesen entscheidenden Punkt des Regierungsprogramms an der Verwirklichung gehindert hat. Also die Reichsfinanzreform in ihrem wahren Sinne ist tot.

Gibt es ein Mittel, sie wieder ins Leben zurückzurufen? Bis jetzt hat noch niemand ein solches Mittel gefunden oder verraten. Das einzige und letzte Mittel war der Appell an den Patriotismus der Partei, von der vielleicht angenommen werden konnte — nach den Traditionen der Partei und nach frühern Erfahrungen sogar angenommen werden mußte —, daß sie in Erkenntnis der mannigfachen Schäden, die dem Reich aus dem Scheitern des Werks erwachsen, ihre Parteiwünsche unterordnen würde. Dieses Mittel hat vollständig versagt, und mit dieser Tatsache muß jetzt gerechnet werden. Darum bleibt nichts anders übrig, als an Stelle der Reichsfinanzreform, die gemacht werden sollte, eine Aufbesserung der Reichsfinanzen in dem Umfange, der jetzt ohne Demütigung der Reichsautorität zu haben ist, und in der Form, die bei den jetzigen Parteiverhältnissen möglich ist, vorzunehmen.

Man hat nun gesagt, diese Resignation sei nicht nötig. Die Entscheidung des Reichstags habe sofort mit dem Rücktritt des Fürsten Bülow oder der Reichstagsauflösung beantwortet werden müssen. Man wird sich klar zu machen haben, weshalb keins von beiden in diesem Falle geschehen ist, vielmehr an entscheidender Stelle der Beschluß gefaßt wurde, unter Führung des Fürsten Bülow mit diesem Reichstage vorläufig weiter zu arbeiten, bis an neuen Einnahmequellen für das Reich so viel gerettet worden sein werde, als in der gegenwärtigen Lage möglich sei.

Die erste Frage ist also, was geschehen sein würde, wenn Fürst Bülow jetzt sofort zurückgetreten wäre. Fürst Bülow hat sich durch seine ausgezeichnete Führung der politischen Geschäfte des Reichs im Bundesrat ein so außerordentliches Vertrauen erworben, daß die einzelstaatlichen Regierungen auch unter schwierigen Verhältnissen seiner bewährten Führung folgen würden. Wie sich das alles jedoch gestalten würde, wenn Fürst Bülow seinen Posten verlasse, das ist doch sehr zweifelhaft. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß im Fall eines Kanzlerwechsels die Mehrheit der deutschen Bundesregierungen doch bereit sein würde, eine politische Konstellation anzuerkennen, der sie sich bei Fortdauer der jetzigen Reichskanzlerschaft im Interesse der eignen Autorität nicht so leicht unterordnen, die aber unter neuer Führung manche Bequemlichkeiten bieten würde. Für den Fürsten Bülow selbst konnte diese Erwägung natürlich nicht maßgebend sein. In die Lage versetzt, den Erfolg einer Mehrheit anerkennen zu müssen, mit der er um seiner politischen Reputation willen nicht regieren kann, hat er den Schritt getan, den

ein verantwortlicher Staatsmann in solcher Lage tun mußte, der ihm allein übrig blieb, nachdem alle Mittel erschöpft waren, das unternommene Werk auf dem von ihm für allein richtig gehaltenen Wege zu Ende zu führen. Er hat also um seine Entlassung gebeten und diesen Schritt in eingehender persönlicher Aussprache mit dem Kaiser motiviert. Der Kaiser aber hat diese Entlassung vorläufig nicht angenommen, hält es vielmehr für notwendig, daß Fürst Bülow im Amte bleibt, bis eine vollständige Entscheidung über die Finanzvorlagen gefallen ist, die an die Stelle der gescheiterten Reformprojekte treten sollen. Für diesen Entschluß, dessen Berechtigung Fürst Bülow unter solchen Umständen selbstverständlich anerkennt, und der es ihm auch wirklich ermöglicht, einstweilen im Amte zu bleiben, wird man dem Kaiser besonders dankbar sein müssen. Denn der dem Fürsten Bülow damit gewissermaßen erteilte Auftrag gibt auch dem Bundesrat den nötigen Rückhalt durch die Gewähr, daß wenigstens ein großer Teil des Finanzbedarfs des Reichs beschafft werden kann, ohne daß die verbündeten Regierungen schon jetzt vor der neuen Reichstagsmehrheit kapitulieren. Vielleicht glückt es, noch ein Stück gesetzgeberischer Arbeit zu schaffen, woran sich auch Liberale beteiligen können, sodaß sich daran auch die weitere Aussicht knüpfen könnte, den Reichskanzler länger im Amte zu halten. Und das wäre dringend zu wünschen schon im Interesse der auswärtigen Politik; denn wir haben seit der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow — besonders seit den letzten Jahren — den Fall, der in Deutschland selten ist, daß der Kanzler nicht nur tatsächlich geschickt und erfolgreich operiert hat, sondern auch von dem größern Teil der öffentlichen Meinung anerkannt wird. Fürst Bülow wird sehr schwer, vorerst wohl gar nicht zu ersetzen sein. Denn unsern vielen tüchtigen hohen Beamten und politischen Persönlichkeiten, soweit sie staatsmännische Qualitäten beanspruchen können, fehlt es durchweg an diplomatischer Erfahrung, und von den ausgezeichneten Diplomaten, die wohl in Betracht kommen könnten, hat keiner so wie Fürst Bülow das Zeug, das Vertrauen unsrer so schwierigen öffentlichen Meinung zu gewinnen. Wir müssen also jeden Weg mit Freuden begrüßen, der wenigstens eine Aussicht öffnet, den Fürsten Bülow noch länger an das Amt zu fesseln, in dem er so schwer entbehrt werden kann. Dem Fürsten Bülow selbst aber muß man dankbar sein, daß er um der vaterländischen Interessen willen die große Entfagung geübt hat, in so undankbarer Arbeit auszuharren und weder der brutalen Eignisucht der Agrarier noch der Rachsucht der Ultramontanen ohne weiteres das Feld zu räumen.

Wie steht es nun aber mit der schwierigen Frage der Reichstagsauflösung? Die Presse, die der neuen Mehrheit feindlich gegenübersteht, hat sie fast ausnahmslos gefordert und als einzigen Ausweg aus der sonst ganz verfahrenen Lage empfohlen. Fürst Bülow ist darüber anderer Meinung. Es ist verständlich, daß der verantwortliche Staatsmann diese Frage anders ansieht als die Parteien. Er muß vor allem fragen, ob der Zweck erreicht wird, für dessen Erreichung zu sorgen ihm obliegt. Stellt man die Frage so, daß man untersucht, was die Auflösung des Reichstags dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform nützen kann, so muß man bei nüchternen Prüfung anerkennen, daß die nächste Folge eine verhängnisvolle Verzögerung der Lösung sein würde. Das würde nur dann in den Kauf zu nehmen sein, wenn einige Sicherheit bestünde, daß ein neugewählter Reichstag die Reform wirklich im Sinne der Regierung durchführen werde. Fürst Bülow glaubt, und wohl mit Recht, daß das nicht anzunehmen sei. Es würde vielleicht die Erbanfallsteuer durchgedrückt werden können, aber dafür würde auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern andres wieder in Frage gestellt werden, was jetzt mit leidlicher

Sicherheit noch erreicht werden kann. Es muß alles versucht werden, um für den Reichssäckel sobald als möglich so viel neue Einnahmen zu schaffen, wie nach Lage der Umstände zu haben sind, und es ist notwendig, daß diese Aufgabe von dem gegenwärtigen Reichstag zu lösen ist. Das ist der Grund, weshalb der Reichstag nicht aufgelöst werden soll, bis nicht alles durchgeführt worden ist, was jetzt noch in der Schwebe ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Auffassung vom Standpunkt der praktischen Staatskunst durchaus berechtigt ist.

Etwas anders sieht die Sache freilich aus, wenn man ruhig darüber nachdenkt, was weiter werden soll. Wenn die Konservativen die Sache so weit getrieben haben, daß sie kalten Bluts einen Kanzler, der in der auswärtigen Politik das Ansehen und die Interessen des Reichs mit Geschick und Erfolg im Sinne der nationalen Wünsche gewahrt hat, und der sich zugleich in der innern Politik gerade um die landwirtschaftlichen Interessen und um eine Politik im Sinne gesunder konservativer Anschauungen so große Verdienste erworben hat, glatt im Stich ließen, als er einer gewissenlosen Machtpolitik und dem Eigennutz der Großgrundbesitzer die Reverenz versagte, dann hört überhaupt jede Berechnung auf, die für die konservative Politik unter ihrer jetzigen Führung andre Beweggründe annimmt, als eben die nackte Herrschsucht und den allergewöhnlichsten materiellen Egoismus. Wir lesen immer wieder in der agrarisch-konservativen Presse, die Reichsfinanzreform sei keine „nationale“ Frage, sondern eine wirtschaftliche. Das ist eine Unterscheidung, die nur für jemand zu verstehen ist, der schon den Suggestionen der agrarischen Politiker unrettbar unterlegen ist und nur noch auf Schlagwörter hört, auch wenn sich nichts dabei denken läßt. Die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nationalen Fragen ist ungefähr ähnlich zu bewerten, als wenn man die Begriffe „Laubwald“ und „Buchenwald“ gegenüberstellen wollte. Jede wirtschaftliche, soziale, politische Frage, unter Umständen jede wissenschaftliche, künstlerische, sogar kirchliche Frage kann eine nationale Frage werden, wenn sie durch die Verhältnisse eine solche Bedeutung für die Existenz und die Stellung eines ganzen Volkes gewinnt, daß die Überzeugung Platz greift: hier müssen sonstige Unterschiede der Anschauungen so weit zurückstehn, daß die Lösung der Aufgabe durch gemeinsame Arbeit aller Parteien, die die Bedeutung der Frage erkennen, und folglich auch durch gegenseitige Rücksichtnahme und gegenseitige Opfer dieser Parteien ermöglicht wird. Das trifft auf die wirtschaftliche Frage, die sich auf die Neuordnung der Reichsfinanzen bezieht, in vollem Maße zu. Wenn sich nun die konservative Partei bei der Arbeit an dieser Frage mit dem Zentrum gegen die Liberalen verband, nur weil sie das Zentrum bereit fand, den Großgrundbesitzern eine Last von den Schultern zu nehmen und sie ändern, darunter auch weniger Vermögenden aufzubürden, so kann das nicht die Bedeutung eines einzelnen nebensächlichen Falls haben, eines zufälligen Zusammengehns der beiden Parteien, sondern einer deutlichen Absage an die Politik des leitenden Staatsmanns, der sich in nationalen Fragen auf Konservative und Liberale stützen und dem Zentrum in solchen Fragen keine maßgebende Rolle zugestehn wollte. Den konservativen Führern mußte überdies klar sein, aus welchen Gründen sich das Zentrum der konservativen Politik angeschlossen, die seinen früher und von einem starken Bruchteil der Partei noch heute vertretenen Grundsätzen gar nicht entsprach — abgesehen davon, daß gewiegten Politikern Charakter und Ziele des Zentrums ohnehin geläufig sein müssen. Man wird den konservativen Führern nicht einen solchen Mangel an Intelligenz zutrauen dürfen, daß sie nicht ganz genau die Motive des Zentrums durchschaut hätten. Sie wußten, daß das Zentrum eine Politik der Rache treibt,

und daß jeder Sieg dieser Politik nicht eine Episode bedeuten kann, sondern die Lage dauernd verschieben muß. Trotz allen diesen Erkenntnissen hat sich die konservative Partei von den agrarischen Sonderinteressen leiten lassen und bewußt der Partei, die den Kanzler stürzen wollte, ihre Unterstützung geliehen. Ein Kanzler, der sich mit dieser Parteikoalition verständigen wollte, würde in Wahrheit nur durch Unterwerfung zum Ziele gelangen können; damit würde er die Möglichkeit, bei irgendeiner politischen Aktion das Vertrauen der Liberalen zu gewinnen, dauernd verscherzen. Das könnte heutzutage auch ein neuer Kanzler nicht unternehmen, geschweige denn Fürst Bülow, der die Parteikombination, die jetzt wiederhergestellt werden soll, unter der jubelnden Zustimmung der Besten der Nation einst in dem glücklichsten Augenblick seines politischen Wirkens zertrümmert hat.

Was soll nun also werden, wenn das, was man von jetzt an um der Kürze des Ausdrucks willen gleichfalls „Reichsfinanzreform“ zu nennen liebt, zu Ende gebracht worden ist? Wir hoffen ja, daß es der Geschicklichkeit des Fürsten Bülow glücken wird, diese sogenannte Reichsfinanzreform doch zuletzt in einer Form zu machen, die vielleicht einem Teil der Liberalen die Mitwirkung möglich macht. Damit wäre wenigstens vorläufig die so dringend erwünschte Möglichkeit für das Verbleiben des Fürsten Bülow im Amte gegeben. Aber wir zweifeln, daß sich die Spuren der gegenwärtigen Parteikonstellation einfach verwischen lassen. Und dann wird doch wahrscheinlich sehr bald die Notwendigkeit hervortreten, das Volk zu befragen, anstatt den Reichstag, der das Zeichen, unter dem er 1907 gewählt worden ist, verfälscht hat, bis an das natürliche Ende seiner Sünden fortwirtschaften zu lassen. Dann treten auch ganz andre Gesichtspunkte in den Vordergrund.

Läßt man nämlich die Dinge gehn, bis das Mandat des jetzigen Reichstags abläuft, so läßt sich schon jetzt voraussehen, daß die Neuwahlen sehr schlimm ausfallen werden. Die Hoffnungen, die man auf den jetzigen Reichstag gesetzt hat, sind enttäuscht worden, und wieder sind alle Bedingungen gegeben, die der Sozialdemokratie neue Nahrung zuführen werden. Sollte es gar inzwischen zu einer Wiederkehr der Zentrumshegemonie gekommen sein, so wird sich in den darüber erbitterten Kreisen die Stimmung bei den Wahlen schwerlich wieder in der Weise äußern, daß man die Regierung wie im Jahre 1907 vom Zentrumsjoch befreien hilft. Man kann vielmehr überzeugt sein, daß die Neigung überwiegen würde, der Regierung alle Schuld beizumessen; wieder würde, wo nicht eine ziellose, verbissene Oppositionsstimmung Platz greift und in sozialdemokratischen Stimmzetteln ihren Ausdruck findet, die „Partei der Nichtwähler“ einen starken Zuwachs erfahren. Den größten Schaden werden die nächsten Wahlen voraussichtlich der konservativen Partei bringen, denn es ist nicht anzunehmen, daß das neue Bündnis mit dem Zentrum nicht noch weiter seine Wellenkreise zieht und die Stellung der Partei weiter beeinflusst. Das wird aber auf die Stimmung der Wähler viel stärker wirken als die frühere Freundschaft mit dem Zentrum. Nach den neuesten Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß sich ein starker Haß gegen die konservative Partei einnistet, wie man ihn doch früher nicht gekannt hat.

Ist nun aber bei gleichzeitiger Stärkung der Sozialdemokratie und Befestigung der Machtstellung des Zentrums eine Schwächung der konservativen Partei wünschenswert, zumal da auch der Liberalismus so schlecht die Probe bestanden hat? Gewiß nicht! Und schon aus diesem Grunde wäre vielleicht eine Auflösung des Reichstags, wenn sich bald eine Gelegenheit dazu fände, als eine glückliche Wendung zu betrachten. Man hört freilich meist die Ansicht, daß Neuwahlen gerade jetzt für die konservative Partei vernichtend sein müßten. Das ist nicht so ganz über allen

Zweifel erhaben. Jetzt haben wir noch die große Zahl von Männern von aufrichtig konservativen Überzeugungen, die kopfschüttelnd und verständnislos vor ihren eignen Parteiführern stehn. Sie würden in einem Wahlkampf gewiß mit ihren parlamentarischen Vertretern ein ernstes Wort reden, aber ihre Partei geben sie darum nicht auf. Solche Auseinandersetzungen können während der Wahlen nicht so leicht unterdrückt und abgeschüttelt werden, wie es mit den Kundgebungen aus den Wahlkreisen während einer parlamentarischen Beratung geschieht. Und so gäbe unter Umständen ein in nicht zu ferner Zeit stattfindender Wahlkampf sehr wohl die Gelegenheit, das Gewebe der agrarischen Lüge und Verhehung zu durchreißen, ohne die konservative Sache allgemein zu schädigen. Als der Zolltarif beraten wurde, waren es ebenfalls die extremen Agrarier, die durch die Überspannung ihrer Forderungen die Konservativen fortzureißen versuchten. Das glückte ihnen beinahe nicht. Die Konservativen waren damals politisch besser beraten, und besondere Umstände begünstigten das Zustandekommen der Verständigung. Die Partei setzte sich nachträglich mit den Agrariern auseinander, und der Streit endete damit, daß bei den bald darauf stattfindenden Neuwahlen zum Reichstage gerade die Nichts-als-Agrarier aus dem Reichstage verschwanden. Damals zeigte die konservative Partei unter ihrer offiziellen Führung den Agrariern mit Glück die Zähne, ohne daß es ihrer Sache etwas schadete. So wäre es durchaus nicht undenkbar, daß sich gerade unter dem frischen Eindruck der jüngsten Haltung der Partei die konservativen Wähler mit ihren Führern auseinandersetzten und das agrarische Joch abschüttelten. Das könnte aber nur geschehen, wenn ein Wahlkampf stattfände, ehe die Mitschuld der konservativen Führung an den Sünden des Zentrums einen großen Teil der Parteifolgschaft zum Abfall getrieben hat.

Die Frage der Reichstagsauflösung ist so überaus schwierig und so unsicher zu beantworten, daß es gewiß richtig ist, wenn die verantwortlichen Stellen nur im äußersten Notfall an diese Möglichkeit herantreten wollen. Wir meinen die soeben angestellten Betrachtungen auch keineswegs so, daß damit eine Reichstagsauflösung unter allen Umständen empfohlen werden soll, aber besprochen werden müssen bei der Unberechenbarkeit der Lage auch die Gesichtspunkte, die für eine Auflösung sprechen, und das um so mehr, als eine nationale Eigentümlichkeit unsers deutschen Volkes in Betracht gezogen werden muß. Wir meinen den starken Einfluß, der von jeder entschlossenen Initiative der Regierung ausgeht. Was ist denn im Jahre 1907 für die Sozialdemokratie so verhängnisvoll geworden? Weiter nichts als der feste Griff in die Zügel, den Fürst Bülow wagte! Was hat jetzt die Situation so verschlimmert? Weiter nichts als der — gar nicht einmal begründete — Eindruck, daß die Regierung den Reichstag arbeiten ließ und nicht zupackte! Der Deutsche will gar nicht selber regieren, aber er will regieren sehen. Das Abwarten bis zum Ablauf der Legislaturperiode mag recht korrekt und staatsklug sein, aber wir fürchten, es ist für den deutschen Geschmack zu korrekt, und die Regierung begibt sich des einzigen Mittels, auf die Wiederkehr einer sozialdemokratischen Flutwelle, mit der wir bei den nächsten Wahlen ohnehin zu rechnen haben, abschwächend zu wirken. Deshalb ist es gewiß richtig, daß zunächst noch mit diesem Reichstag unter Dach gebracht wird, was von annehmbaren Steuervorlagen zu retten ist, aber bei der ersten Gelegenheit, wo im weiteren Verlauf der politischen Arbeit ein Machtgelüst der neuen Mehrheit bemerkbar wird, wäre doch zu erwägen, ob denn nicht sogleich ein entscheidender Schritt zu tun ist.

Koloniales Rundschau

Berlin, 29. Juni 1909

Die öffentliche Meinung über den gegenwärtigen Kurs der Kolonialpolitik ist neulich bei der Dresdner Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft unzweideutig zum Ausdruck gekommen. Seit den letzten Reichstagswahlen ist bedeutend mehr Leben in die Gesellschaft gekommen, und sie hat dadurch sichtbar an Sympathien bei der Allgemeinheit gewonnen. Und da bei den Hauptversammlungen neben zahlreichen Kolonialkennern Delegierte aus allen Teilen des Reichs beisammen zu sein pflegen, so kann man mit Fug und Recht die bei ihren Verhandlungen zum Ausdruck gekommene Stimmung als die koloniale öffentliche Meinung bezeichnen. Und das gilt ganz besonders für die in Rede stehende Versammlung. Es wurde diesmal deutsch geredet über die gegenwärtigen Hauptfragen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik, nämlich die Behandlung der deutschen Ansiedler in den Kolonien einerseits und der farbigen Bevölkerung anderseits. Denn hierum drehten sich die Hauptpunkte der Tagesordnung: der Streit um die Selbstverwaltung in Südwest, der Zolltarif in Neuguinea und der Negereid.

Es mag dem Regierungsvertreter, Gouverneur Seitz aus Kamerun unbehaglich zumute geworden sein, als der Schöpfer der südwestafrikanischen Selbstverwaltung, Dr. Külz, mit erfreulichem Freimut über die in Südwest gegen die Kolonialverwaltung herrschende Mißstimmung sprach. Wenn er auch in der Sache der Selbstverwaltung selbst die Partei der Regierung nahm und den Südwestafrikanern riet, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben, sondern sich weitergehende Rechte durch energische Mitarbeit an der bewilligten Selbstverwaltung erst zu verdienen, so machte er doch kein Geheimnis daraus, daß es die Regierung in der Hand gehabt hätte, durch verständnisvolleres Eingehen auf die Eigenart der Ansiedler und minder schroffes Verhalten bei Meinungsverschiedenheiten, endlich durch loyale Anwendung der Grundsätze der Selbstverwaltung bei der Entscheidung der Diamantenfrage den Streit zu vermeiden oder doch zu mildern. Und der lebhafteste Beifall der Versammlung zu den klaren und anschaulichen Ausführungen des Redners mußte dem Regierungsvertreter zeigen, daß die Klagen unsrer südwestafrikanischen Landsleute in der Heimat nicht ungehört verhallt sind.

Auch beim Zolltarif von Neuguinea sprang man mit der Regierung nicht fein säuberlich um. Es konnte ja auch selbstverständlich über den Ausfuhrzoll auf Kopro, die Glanznummer dieses Zolltarifs, nur eine Stimme geben. Daß man gerade in der kaufmännischen Ara Dernburg auf ein so merkwürdiges Mittel zur Verbesserung der Finanzen der Kolonie oder zur Verschönerung des Etats verfallen mußte, ist bezeichnend für die herrschende Neigung, durch schöne Bilanzen einen guten Eindruck zu machen. Nun ist ja zwar der Etat von Neuguinea an sich nichts so ungeheuer Wichtiges, daß man sich darüber sonderlich zu erregen brauchte. Aber — principiis obsta! Wenn man sich als ein Verschönerungsmittel einen Ausfuhrzoll auf Plantagenprodukte in Neuguinea gefallen läßt, so ist Gefahr vorhanden, daß dieser volkswirtschaftlich unsinnige Zoll eines Tags auch anderswo in den Kolonien auftaucht. Ausfuhrzölle sind nur da gerechtfertigt, wo man im Interesse des Landes die Ausfuhr eines Produkts künstlich verhindern will, oder wo ein Produkt so große Gewinne abwirft, daß auch der Fiskus seinen Anteil verlangen kann. Beides ist bei landwirtschaftlichen Produkten wohl nie der Fall. Im Gegenteil sollte man eine aufstrebende Kultur, die, wie die Koproproduktion in Neuguinea, wegen der Abgelegenheit vom Markt sowieso

schwer konkurrieren kann, nach Möglichkeit entlasten, nicht belasten. Auch bei diesem Punkt der Tagesordnung sprach sich die Versammlung einmütig gegen die Maßnahmen der Regierung aus und stellte sich auf den Standpunkt, den auch wir hier wiederholt vertreten haben.

Nicht anders war es beim Kapitel Negercid, den Dernburg gern einführen möchte. Allerdings ist ihm noch nicht klar, wie seine Idee in die Praxis umgesetzt werden soll. Zwar kann man die sogenannten „christlichen“ Neger „bei Gott dem Allmächtigen usw.“, die mohammedanischen bei „Allah“ schwören lassen, aber was soll man mit den heidnischen machen? Soll man sie vielleicht rasch samt und sonders zwangsweise taufen lassen, damit sie der Segnungen des Negercids teilhaftig werden können? Rein formalistisch genommen, ginge das ja alles ganz gut. Aber dann ade mit dem Respekt vor der deutschen Rechtsprechung, den jetzt die Neger immerhin haben. Das gäbe ein Leben wie im Paradies für sie, wenn sie nur die Hand hochzuheben brauchten, um jeden gewünschten Vorteil zu erreichen oder ihren Gegner unschädlich zu machen. Selbst ein sehr bekannter Missionar erklärte sich in der Dresdner Versammlung energisch gegen den Negercid. Denn der Neger lügt eben grundsätzlich, wo er einen Vorteil für sich sieht, und der Eid würde ihn nicht daran hindern, auch nicht sein etwaiges christliches Bekenntnis. Also auch das Christlanfieren hilft nichts. Übrigens hat unser Eid mit der Religion im Grunde genommen nichts zu tun, er beruht mehr auf den ethischen Begriffen des Kulturvolks oder auf der Furcht vor der Strafe und ihren Folgen. Für ethische Begriffe hat der Neger kein Verständnis, für Strafen ebensowenig, denn eine längere Kettenhaft geniert ihn wenig und entehrt ihn auch nicht in den Augen seiner schwarzen Mitbrüder. Die Zulassung des Negers zum Eid wäre falsche Humanität, die gar nichts nützen, aber unendlich viel Schaden würde. Das war der Grundton in den Äußerungen aller maßgeblichen Redner. Und hiernach kann man wohl auch die Idee des Negercids als erledigt betrachten.

Kurz und gut, die ganze Haltung der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft sah einem Mißtrauensvotum gegen den Staatssekretär des Reichskolonialamts verzweifelt ähnlich, war aber zum mindesten eine ernste Mahnung zur Umkehr. Darin sind alle Teilnehmer an der Versammlung, zu denen auch der Unterzeichnete gehört, einig.

Nur ein gewisser Dr. Bongard, der sich immer Reisebegleiter Dernburgs nennt, sich ihm aber in Wirklichkeit nur aufgedrängt hat, bestreitet in einem Artikel in der Vossischen Zeitung (Nr. 271) die Richtigkeit dieser allgemein anerkannten Auffassung und erklärt die in der Versammlung hervorgetretene Stimmung als eine Mache von Interessenten, die sich durch die Dernburgsche Politik an ihrem Geldbeutel gekränkt fühlen. Wir möchten dieser unerhörten Beschuldigung gegenüber feststellen, daß von den Rednern des Tages kaum einer als „Interessent“ in materieller Hinsicht angesehen werden kann. Nun wird zwar Dr. Bongard in der Vossischen Zeitung als ein Ausbund von kolonialer Weisheit in einer Fußnote angepriesen, in der es heißt: „Wie immerlich haben sich die Ausführungen Dr. Bongards in unserm Blatte über Dernburgs Afrikareise bei den Reichstagsdebatten als durchaus zutreffend erwiesen und haben mit Recht große Beachtung gefunden.“ Das ist neu. In den Reichstagsdebatten ist der Name Bongard überhaupt nicht genannt worden, und die Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung, die doch von kolonialen Dingen mindestens soviel versteht wie die „Tante Voss“, hat die Bongardischen Berichte seinerzeit als „Salat“ bezeichnet. Jedenfalls ist Herr Bongard nicht der Mann, der andern Leuten „Mache“ vorwerfen kann, denn

seine Berichte sehen samt und sonders nach allgemeinem Urteil einer großen Mache in majorem gloriam Dernburgs ähnlich, und ob er dabei nicht mehr „Interessent“ ist als die Redner in Dresden, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls wußte er manchmal Tatsachen zu berichten, von denen kein anderer Mensch etwas weiß. So bezeichnete er zum Beispiel in seinem ostafrikanischen Reisebericht (S. 33) Herrn Kurt Töppen in Sansibar gewissermaßen als Nestor der jungen Afrikaner, denselben Herrn Töppen, der einst eine Farbige geheiratet hat und zum Islam übergetreten ist, „da er — wie Herr Bongard sagt — im Islam die dem Orient am besten angepaßte Religion zu erkennen glaubte“. Eine reizende Moral, die für den Geldbeutel allerdings sehr vorteilhaft ist. In der Tat ein trefflicher Nestor für junge Afrikaner! Es ist nur gut, daß das nicht wahr ist. Allerdings, Herr Staatssekretär Dernburg soll ja seinen letzten Abend in Sansibar statt im Deutschen Klub in der Familie Töppen verbracht haben. Tatsache ist, daß mit Herrn Töppen kein Deutscher verkehrt, der etwas auf sich hält, daran ändert auch die Auszeichnung durch Dernburg nichts. Und wozu diese Verhimmelung Dernburgs, dessen Verdienste doch gewiß niemand verkennet? Herr Bongard möchte brennend gern ins Kolonialamt, und zwar in den höhern Dienst. Er war früher einmal Subalternbeamter im Kolonialdienst und ließ sich pensionieren, weil er, wie er selbst klagte, an „Zwangsvorstellungen“ litt. In dem erwähnten Artikel in der Vossischen Zeitung macht er Dernburg andeutungsweise auf allerlei Mißstände im Kolonialamt aufmerksam, die, wie er in Aussicht stellt, „von anderer Seite behandelt werden sollen“. Namentlich das Präferenzat im Kolonialamt hat nicht seinen Beifall. Das hätte für andre Stimmung sorgen sollen. Ja, Herr Bongard, das wäre doch auch nichts anderes als die von Ihnen verpönte „Mache“! Die „Mache“ ist ja allerdings in der Politik und in andern Dingen ein altbewährtes Mittel, etwas zu erreichen, worauf man moralisch kein Anrecht hat. Man kann in Versammlungen durch Beifallsgeheul Stimmung „machen“, man kann sich durch die Presse als Beamter unentbehrlich „machen“, man kann sich durch gefährliche Attentate zum berühmten Mann oder zum Märtyrer „machen“. Das alles ist schon dagewesen. Aber man kann denkende Publizisten als amtlicher Präferenzent nicht durch Waschzettel und lancierte Artikel in gefälligen Zeitungen in ihren Anschauungen irre machen. Wenn Herr Bongard das glaubt, so beleidigt er die anständige deutsche Presse oder leidet an Zwangsvorstellungen. Jedenfalls täte Herr Bongard nach allgemeiner Ansicht derer, die hier und draußen mit ihm zu tun hatten, gut, Presse, Kolonialgesellschaft und Kolonialverwaltung mit seinen Anschuldigungen und Ratschlägen zu verschonen. An der allgemeinen Beurteilung kolonialer Dinge, insbesondre der Punkte in der Dernburgschen Politik, die aufsehtbar sind, haben seine Artikel jedenfalls nichts geändert, im Gegenteil, denn die Bongardschen Anschauungen sind in Presse- und kolonialen Kreisen hinreichend bekannt.

Zwei Fragen sind es weiter, die neben der grundsätzlichen Stellungnahme der Deutschen Kolonialgesellschaft die Öffentlichkeit beschäftigten, nämlich die Beschwerden der südwestafrikanischen Ansiedler gegen Dernburg und die samoanischen Wirren.

Die Beschwerden der Südwestafrikaner wegen der Selbstverwaltung haben wir schon mehrfach besprochen, und wir glauben, daß sich die Ansiedler beruhigen und die Erfüllung weitergehender Wünsche von der natürlichen Entwicklung erwarten werden. Schlimmer ist die Aufregung der Lüderitzbuchter wegen der Diamantenverordnung. Diese fühlen sich zugunsten des Großkapitals benachteiligt und haben ein Syndikat gegründet, dessen Mitglieder die Vorschriften der amtlichen Diamantenregie ignorieren und es auf die Anwendung der in der betreffenden Verordnung enthaltenen Strafbestimmungen

ankommen lassen wollen. Die Sache ist einigermaßen kompliziert durch die Tatsache, daß das Gericht das Diamantensyndikat ohne Widerspruch in das Handelsregister eingetragen hat, und dies bietet natürlich den Lüderichbuchtern in ihrem Vorgehen eine gewisse gesetzliche Handhabe. Nun hat ein Mitglied dieses Syndikats, der zurzeit in Deutschland weilende Hauptmann C. Weiß, eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der er die Verhältnisse eingehend darlegt und den Reichskanzler für die Lüderichbuchter Diamanteninteressenten um Schutz gegen die Kolonialverwaltung bittet. Es wird Dernburg in der Eingabe unter anderm Begünstigung des Großkapitals vorgeworfen, und man kann nicht bestreiten, daß der Schein gegen ihn ist. Dernburg hat zweifellos in dieser Angelegenheit recht schnell gehandelt und die Stellen übergangen, die ihm die notwendige Rückendeckung gesichert hätten. Die Rechtslage ist ohne Zweifel sehr verwickelt und läßt sich nicht mit zwei Worten klarlegen. Wir werden daher in einem besondern Artikel auf diese und andre südwestafrikanische Angelegenheiten zurückkommen.

Die Samoawirren sind beigelegt, und der Frieden in der Kolonie ist durch Deportierung der schuldigen Häuptlinge vorläufig gesichert. Gouverneur Dr. Solz hat inzwischen seinen amtlichen Bericht eingereicht. Aus diesem geht zweifellos hervor, daß Dr. Solz vortrefflich versteht, mit den Samoanern umzugehen, und daß er an sich deswegen ein recht brauchbarer Gouverneur wäre, wenn er mit größerer Entschiedenheit den deutschnationalen und den Herrenstandpunkt vertreten wollte. Allzuviel Rücksichten auf Eingeborneninteressen, die den unsrigen zuwiderlaufen, sind vom Übel. Die Eingebornen müssen sich eben unsern Anschauungen über „Recht“ und „Wirtschaft“ anpassen, nicht wir den ihren. Im übrigen können wir nur auf dem Standpunkt beharren, den wir in früheren Hefen wiederholt deutlich vertreten haben.

Rudolf Wagner

Wenn das Gefühl sich herzlich oft in Dämmerung freut,
So g'nüget heitre Sonnenklarheit nur dem Geist.
Und eurem Geiste zuzusprechen haben wir
Besondrer Formen bunte Mannigfaltigkeit
Verwegen und vertraulich euch vorbeigeführt.

(Goethe: „Was wir bringen“)

Lauchstedter Eindrücke. Das zweite Jahr der wiedererweckten Lauchstedter Kunst hat begonnen. Natürlich stand die Eröffnungsvorstellung unter dem Zeichen Goethes, und zwar hatte der rührige Theaterverein für diesen Zweck Werke aus-
ersehen, die seit des Dichters Erden Tagen nie wieder auf der Bühne erschienen sind: das kleine, für das restaurierte Lauchstedter Theater recht passende symbolische Stück „Was wir bringen“, das tiefsinnige Festspielfragment „Pandora“ und das lustige, kecke Jugendwerkchen „Satyros“.

Es ist gewiß ein verdienstvolles und dankenswertes Unternehmen, Goethes dramatischen Gelegenheitsdichtungen an klassischer Stätte Bühnenleben zu verschaffen, und es wird wohl kaum jemand dagegen Einspruch erheben; denn wie es eine Kunst für die breite Masse gibt, so gibt es natürlich auch eine, die sich an eine ausgewählte Gemeinde richtet und ein zarter besaitetes, ästhetisches Empfinden fordert. Dieser Kunst, in der Goethe eine Epoche bedeutet, dieser Kunst soll ja auch Lauchstedt dienen. — Eine Frage scheint mir jedoch zur Vervollständigung jener Aufgabe der Diskussion wert. Sie betrifft das Publikum. Finden alle Anwesenden in dem dort Gebotenen eine vollkommene Befriedigung, oder tritt nicht mancher nach der Vorstellung mit leisem Kopfschütteln über das Gesehene seinen Heimweg an? — Seien wir ehrlich. Sie schütteln alle den Kopf und stellen mit ihren stummen Blicken Fragen, sie alle, die ihren Goethe nicht aus dem ff kennen. Es ist auch ganz natürlich.

Nicht jeder Gebildete kann ein Goethekenner sein, nicht jeder weiß etwas von den Tagesereignissen und Anlässen, nach denen sich so oft die Goethische Muse richtet. Selbst wenn sich hier und da ein wissensdurstiger Zuschauer findet, der die Eisenbahnfahrt benutzt, um sich in irgendeiner kommentierten Goetheausgabe — und deren gibt es ja so viele — die nötige Vorbereitung zu holen, auch der wird dem dar=gebrachten Kunstwerk noch nicht das rechte Verständnis abgewinnen, denn er ist an einzelne Daten, Sach= und Worterklärungen und allenfalls noch einige Einleitungsphrasen gebunden, die ihm literarhistorisch trocken den Zusammenhang zwischen Dichtung und Leben deutlich machen wollen, und er wird vielleicht nach der Lektüre nur mißgestimmt dem Lauf der Dinge auf der Bühne folgen. Für „Satyros“ mag eine solche Vorbereitung wohl genügen. Wir erfahren jedenfalls das Nötigste über Goethes Beziehungen zu Rousseau, Herder, um die kräftige Satire auf das Naturevangelium der Sturm= und Drangzeit zu begreifen. Das übrige ergänzt uns anschaulich die Darstellung. Für „Pandora“ bietet aber das vor dem Eingange des Theaters kaufbare Flugblättchen, das uns die Pandorasage kurz erzählt, nicht den wünschenswerten Anhalt. Wie sollen auch ein paar Zeilen ausreichen, den Zuschauer in die geistige Größe einer Dichtung einzuführen, die zu dem Tiefsten gehört, das Goethe geschaffen hat? Hier ist eine Abhilfe gewiß am Platz. — Sie läßt sich auch leicht finden. Man gewinne nur irgendeine berufne wissenschaftliche und rednerisch gewandte Persönlichkeit, die dem Publikum durch einen kurzen, inhaltreichen Vortrag zu Beginn der Aufführung das Wesen der betreffenden Dichtung erläutert, kurzum alles sagt, was zum Verständnis des betreffenden Werkes notwendig scheint. Auf diese Weise würde auch der nichtliterarische Teil des lauchstедter Publikums, besonders die zahlreich vertretene Damentwelt, auf seine Rechnung kommen.

Über die Festvorstellung an sich brauche ich wohl nichts zu berichten. Sie ist durch die Tageszeitungen genügend beschrieben worden. Nur eins möchte ich auch hier in den Kreis der Betrachtung gezogen wissen: die Frage nach dem schauspielersischen Stil. Kann nicht in Anbetracht der Ausnahmestellung, die das lauchstедter Theater einnimmt, die Tradition der Darstellung gewahrt bleiben? Goethe schuf für sein Drama höhern Stils auch eine gleichwertige Schauspielkunst, die dem Ideal des Schönen dienen sollte, und deren erste Forderung eine typische, symbolische, harmonische und plastische Darstellung war. Gerade seine kleinern Bühnenwerke hatten den Zweck, diese Theorie in Praxis umzusetzen. Wer sich eingehend mit ihnen beschäftigt, wird die Nebenabsicht überall deutlich herausmerken. Es müßte darum wohl der Mühe wert sein, sich in Inszenierung, Sprache und Bewegung ganz nach den Vorschriften Goethes zu richten. Erst dann, wenn sich auf diese Weise Form und Inhalt decken, können wir den vollkommenen Genuß jener Werke empfinden, erst dann werden wir das rechte Verständnis für Schillers Worte haben, die er über Goethes Schauspielkunst in die Verse faßte:

Ein heiliger Bezirk ist ihm die Szene.
Verbannt aus ihrem festlichen Gebiet
Sind der Natur nachlässig rohe Töne,
Die Sprache selbst erhebt sich ihm zum Lied;
Es ist ein Reich des Wohllauts und der Schöne,
In edler Ordnung greifet Glied in Glied,
Zum ernststen Tempel füget sich das Ganze,
Und die Bewegung borget Reiz vom Tange.

Dr. Valerian Cornius

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig